

„Hypothek für Bündnisse mit den Grünen“

Boris Rhein, Landtagspräsident und Unionspolitiker, spricht über die Folgen des Bruchs zwischen der CDU und ihrem langjährigen Koalitionspartner in Frankfurt, die Rolle des hessischen Parlaments in der Pandemie und sein Verhältnis zu Ministerpräsident Volker Bouffier.



Boris Rhein: „Die Krise ist die Stunde der Landesparlamente und des Föderalismus, nicht die Stunde der Exekutive.“

Foto: Lucas Bäuml

Herr Rhein, jahrzehntlang waren Sie als Vollblutpolitiker unterwegs, bis Sie zu Beginn der Wahlperiode in das eher langweilige Amt eines Parlamentspräsidenten kamen.

Ganz im Gegenteil: Ich kam in ein wunderbares und spannendes Amt. Allerdings war das schon eine Umstellung. Vorher hatte ich Politik vor allem in der Exekutive betrieben: als Stadtrat in Frankfurt, als Staatssekretär im Innenministerium unter Volker Bouffier, als Innenminister und als Wissenschaftsminister. Das Reizvolle an dieser neuen Position ist, dass man zwar neutral zu sein hat, aber kein Neutrum ist.

Was an die Quadratur des Kreises erinnert.

Nein. Der Amtsinhaber macht keine Politik im Auftrag oder für eine Partei oder Fraktion. Der Präsident formuliert Politik für den gesamten Landtag. Und er hat die große Chance, Menschen und Themen zusammenzubringen. Das Amt genießt eine enorme Wertschätzung und

ein enormes Vertrauen innerhalb und außerhalb der Fraktionen. Damit kann man agieren. Es hat mich wirklich gefreut, dass ich einstimmig gewählt wurde, sogar mit den Stimmen der Linksfraktion, mit der ich als Innenminister das eine oder andere Sträußchen ausgefochten habe. Das ist nicht selbstverständlich, wie ein Blick in andere Länder zeigt.

Wenn das Amt seinem Inhaber ein so hohes Ansehen verleiht, ist es ein schönes Sprungbrett für höhere Ämter. Ich weiß gar nicht, worauf Sie hinauswollen (lacht). Die Aufgaben sind doch klar verteilt: Das Parlament ist die erste Gewalt, die Exekutive ist die zweite Gewalt. Und ich übe mein Amt mit großer Begeisterung aus. Es erfüllt mich.

Aber die Pandemie bedeutete Stress. Wir hatten zu gewährleisten, dass das Parlament regelmäßig und vollständig zusammenkommen konnte. Wir haben keine einzige Sitzung wegen Corona ausfallen lassen – im Gegenteil: In den zurück-

liegenden zweieinhalb Jahren, der ersten Hälfte der Wahlperiode, haben wir länger getagt als je zuvor. Wir haben auch bewusst nicht ein Rumpf- oder Notparlament gebildet, wie das andere getan haben. Für uns stand außer Frage: Die Bürger haben gerade in dieser Zeit den Anspruch, dass das Parlament vollständig seiner Aufgabe nachkommt. Die Kassiererin im Supermarkt hatte ja auch nicht die Wahl, ob sie zur Arbeit geht oder nicht. Über die organisatorischen Herausforderungen, vor die das Virus uns im alltäglichen Parlamentsbetrieb gestellt hat, will ich gar nicht reden.

Aber in der breiten Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als würde in den Konferenzen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin entschieden, wie es in Hessen weitergeht, und nicht in Wiesbaden. Ist der Landtag auch in der Praxis der Pandemie wirklich die erste Gewalt?

In Frankreich hat sich der konservative Präsidentschaftskandidat Xavier Bertrand dafür ausgesprochen, den Regionen in Frankreich mehr Kompetenzen zu übertragen. Vor diesem Hintergrund nannte er die Runden der deutschen Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin mustergültig. Bertrand weiß, wie wichtig es ist, dass die Politiker mit den Bürgern diskutieren. So war und ist das in Deutschland in der Pandemie. Die Krise ist die Stunde der Landesparlamente und des Föderalismus, nicht die Stunde der Exekutive.

Die hat aber entschieden.

Aber entscheidend für die Akzeptanz politischen Handelns ist das Vertrauen der Menschen in die Politik. Und das stellt man nur dadurch her, dass die Beschlüsse transparent dargestellt und diskutiert werden. Der Ministerpräsident muss sie dem Parlament erläutern, und die Fraktionen debattieren darüber. Die Sorgen, Ängste und Hoffnungen der Bürger müssen öffentlich zum Ausdruck gebracht werden. Und genau das haben die Landesparlamente getan. Für die Akzeptanz und die Legitimation der Entscheidungen hat jeder einzelne der 137 Landtagsabgeordneten gesorgt. Meine Kolleginnen und Kollegen haben eine großartige Arbeit geleistet. Sie waren und sind demokratische Seismographen und lokale Krisenlotsen.

Aber stimmte denn die Reihenfolge? Müsste der Regierungschef nicht zuerst ins Parlament gehen, damit die Abgeordneten ihm dort erst einmal ihre Vorstellungen mitgeben können auf den Weg in die Konferenz der Ministerpräsidenten?

Der Ablauf war schon richtig. Alles andere ist doch sehr theoretisch. Die Exekutive ist dafür da, ihre politischen Pläne zu entwickeln und dann im Parlament zur Debatte zu stellen. Zugegeben: Manches ist bis dahin schon verfestigt. Aber von der Konferenz der Ministerpräsidenten bis zur parlamentarischen Debatte ist es ein weiter Weg. Die Konzepte werden bis dahin oft durch die Fraktionen nachhaltig verändert. In der CDU-Fraktion jedenfalls hat es manche intensive Diskussion gegeben. Der Landtag hat ja über zwei Gesetzentwürfe zur Beteiligung des Parlaments abgestimmt. Am Ende unterschieden sich die Vorstellungen von Regierungsfaktionen und Opposition nur in Nuancen. Es war klar, dass das Parlament auch in der Pandemie die Möglichkeit hatte, die Pläne der Regierung jederzeit zu ändern.

Unsere Leser haben bei uns in den zurückliegenden 18 Monaten den Eindruck entstehen lassen, dass sich mindestens ein Drittel der Menschen von der Politik abgewendet hat. Darum kann man nur inständig hoffen, dass die von Ihnen betonte Akzeptanz und Legitimation der parlamentarischen Demokratie noch ausreicht. Aber richtig spannend sind die Debatten im Landtag oft nicht. Stimmt. Darum hatte ich eigentlich die Absicht, die Architektur der Tagesordnung und die Form der Debatten so zu verändern, dass sie spannender werden. Aber der ganze Ansatz musste wegen der Pandemie erst einmal in den Hintergrund treten.

Dürfen wir uns denn auf einen neuen Anlauf freuen? Ja, mir schwebt beispielsweise vor, dass wir zu großen Themen sogenannte Orientierungsdebatten führen, in denen die Abgeordneten einfach mal ausführlich diskutieren, ohne dass am Ende abgestimmt wird. Dabei darf es gerne auch vorkommen, dass es in einer Fraktion Redner gibt, die ausnahmsweise nicht die gleiche Meinung vertreten.

Der Hessische Landtag gilt ja als das härteste Parlament der Republik. Aber es ist ruhiger geworden, oder?

Ja. In der Vergangenheit sind Protagonisten wie Roland Koch, Joschka Fischer und andere aufeinandergeprallt. Das ist vorbei. Ein Parlament muss auch nicht hart sein. Es muss im Gegenteil aufpassen, dass die Gemeinsamkeit der Demokraten nicht verschwindet. Darum bin ich mit dem Umgang, der gegenwärtig bei uns gepflegt wird, durchaus zufrieden.

Wie hat sich der Einzug der AfD ins Parlament auf das Klima ausgewirkt?

Die AfD ist verhältnismäßig unauffällig. Als Christdemokrat habe ich zur AfD eine abgeschlossene Meinung, aber als Landtagspräsident behandle ich alle Fraktionen gleich. Ich rate dazu, mit der Fraktion unaufgeregter umzugehen, als wir das manchmal tun.

Der Landtag hat normalerweise 110 Mitglieder. Aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten gehören ihm jetzt 137 Abgeordnete an. FDP und AfD wollen dagegen etwas tun. Und Sie?

Ich bin ein entschiedener Anhänger unseres Wahlrechts. Mit der ersten Stimme wird der Kandidat im Wahlkreis gewählt. Mit der Zweitstimme wird eine Parteienliste gewählt. Dieses personalisierte Verhältniswahlrecht gibt dem Bürger erhebliche Einflussmöglichkeiten. Bei der letzten Wahl 2018 kam es nun dazu, dass die CDU Überhangmandate gewann, die zu Ausgleichsmandaten für die anderen führten. So vergrößerte sich der Landtag um 27 Sitze.

Schlecht.

Zumindest nicht schön. Aber der Preis, den wir für eine Verkleinerung zahlen müssten, ist aus meiner Sicht zu hoch. Das ist eine wahnsinnig komplexe Angelegenheit. Manche Vorschläge laufen darauf hinaus, die Wahlkreise zu vergrößern. Das würde aber unserem Wunsch nach möglichst vielen Kontakten zwischen dem Bürger und dem Parlament widersprechen. Man muss mit dem Wahlrecht sehr sensibel und zurückhaltend umgehen. Denn es ist eine Machtfrage. Damit können Sie Mehrheiten schnell und erheblich verändern.

Es muss halt gerecht zugehen.

Die Wahl von 2018 war eine Sondersituation mit Sondereffekten, wie wir sie in Hessen vorher noch nie hatten. In der Vergangenheit hatte das Parlament nur einmal 118 Abgeordnete. Das Ergebnis kann bei der nächsten Wahl schon wieder ganz anders aussehen. Darum sollten wir erst einmal die nächste Wahl abwarten und das Thema danach gegebenenfalls wieder aufrufen.

Es gibt im Landtag zwei Untersuchungsausschüsse zum Thema Rechtsextremismus. Ist das nicht ein bisschen zu viel des Guten?

Es ist wichtig, dass sich der eine Untersuchungsausschuss mit den Umständen des Mordes an dem früheren Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke befasst. Der Mord an ihm war der erste rechtsextremistisch motivierte Mord an einem Politiker in der Bundesrepublik – das ist eine Zäsur und hat eine neue Dimension. Der zweite Ausschuss zu den furchtbaren Morden von Hanau ist ebenfalls notwendig, damit Klarheit geschaffen wird und Fragen der Angehörigen beantwortet werden: Haben hier staatliche Institutio-

nen versagt oder nicht? Damit müssen wir transparent, offen und unvoreingenommen umgehen.

Sie waren lange im Innenministerium. Hat die hessische Polizei, das Land Hessen ein besonderes Problem mit dem Rechtsextremismus, das nicht erst in der jüngeren Zeit entstanden ist?

Hessen steht damit nicht allein. Aber in Hessen ist jetzt glücklicherweise die nötige Sensibilität vorhanden und auch die Bereitschaft, damit umzugehen.

Wenn man Staatssekretär unter Bouffier war und ihm als Innenminister nachfolgt – steht man dann unter einer besonderen Beobachtung?

Volker Bouffier hat immer einen wachen Blick auf das Innenministerium. Das hängt mit den weitgehenden Kompetenzen des Hauses in der Landespolitik zusammen und mit dem Jahrzehnt, das er selbst dort verbracht hat.

Hat es Nachteile, Bouffiers Nachfolger zu sein?

Nein, im Gegenteil. Wenn der Regierungschef an der Entwicklung in einem Ressort besonders interessiert ist, kann das nur von Vorteil sein.

Ihr persönliches Verhältnis zum Ministerpräsidenten gilt als kompliziert. Warum?

Volker Bouffier und ich haben ein ausgeglichenes und sehr freundschaftliches Verhältnis zueinander. Es ist für mich ein Vertrauensvorschuss gewesen, dass der Vorsitzende der CDU Hessen und Ministerpräsident des Landes Hessen mich dabei unterstützt hat, Präsident des Landtages zu werden.

Sie sind aber nicht nur Parlamentspräsident, sondern auch Parteipolitiker mit Leib und Seele. Besonders gut kennen Sie sich in Ihrer politischen Heimat Frankfurt aus. Dort ist das Verhältnis zwischen Schwarzen und Grünen ja inzwischen zerrüttet.

Nach der Kommunalwahl 2016 haben viele von uns den Grünen die Hand gereicht, damit sie in der Römerkoalition bleiben konnten. Deshalb sind viele von uns, mich eingeschlossen, in hohem Maße auch persönlich darüber enttäuscht, dass die Grünen die CDU jetzt ohne Not aus der Koalition herausgedrängt haben. Dass wir das Ende der Koalition nach 15 Jahren Ihrer Zeitung entnehmen mussten, haben wir als Demütigung empfunden.

Aber das ist zunächst einmal ein lokaler Vorgang.

Viele von uns empfinden den Vorgang keineswegs als urwüchsige kommunalpolitische Entwicklung, die außer Kontrolle geraten ist, sondern als eine Blaupause für die Zeit nach der Bundestagswahl und später möglicherweise auch als Blaupause für Hessen. Darum sage ich: Achtung an der Bahnsteigkante. Was wir in Frankfurt erlebt haben, ist eine Hypothek für schwarz-grüne Bündnisse. Die CDU ist die Kraft der Mitte. Sie muss strategisch anschlussfähig bleiben und darf ihren Blick nicht auf nur einen Koalitionspartner verengen. Und deshalb sollte meine Partei die SPD und die FDP als strategische und inhaltliche Option nie aus den Augen verlieren.

Das Gespräch führten **Ewald Hetrodt** und **Carsten Knop**.

Zur Person

Boris Rhein, geboren 1972 in Frankfurt, hat in seiner Heimatstadt Jura studiert und sich dort 2001 als Rechtsanwalt niedergelassen. Politik-Erfahrungen sammelte er auf der kommunalen und auf der Landesebene.

1999 zog Rhein zum ersten Mal als Direktkandidat für die CDU in den Hessischen Landtag ein. 2006 wurde er in Frankfurt hauptamtlicher Stadtrat für Recht, Wirtschaft und Personal.

Drei Jahre später wechselte Rhein wieder nach Wiesbaden – zunächst als Staatssekretär im Innenministeri-

um unter dem heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, dann als Innenminister. Vier Jahre später übernahm Rhein das Ressort Wissenschaft und Kunst.

Zu Beginn der laufenden Wahlperiode wurde der Jurist einstimmig zum Präsidenten des Hessischen Landtags gewählt. Seine Funktion als Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Frankfurt hat er gerade abgegeben. Rhein ist Frankreich-Liebhaber und privat gern auf dem Rennrad unterwegs. Mit seiner Frau, einer Richterin, hat er zwei Söhne. htr.